

Stand: 10.02.2026 04:49:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10126

"Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhindern - Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10126 vom 18.02.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10731 des HA vom 17.03.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10953 vom 12.04.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 12.04.2016



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Verfassungswidrige Bargelobergrenzen verhindern – Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt die Initiativen auf europäischer Ebene sowie die Pläne der Bundesregierung zur Einführung von Bargelobergrenzen und zur Abschaffung von 500-Euro-Banknoten ab.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in diesem Sinne entschieden gegen die Pläne auf europäischer Ebene und Bundesebene einzusetzen und sich damit für die Freiheitsrechte der Bürger, den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz stark zu machen.

Begründung:

Nach Presseberichten plant Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Einführung einer Obergrenze bei Barzahlungen. Diese soll bei 5.000 Euro liegen. Ferner fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Abschaffung der 500-Euro-Banknote. Begründet werden diese Vorhaben mit dem Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, die Terrorfinanzierung, Geldwäsche oder Schwarzarbeit. Ebenso gibt es hierzu Initiativen auf europäischer Ebene.

Dabei sollte klar sein: Kriminelle halten sich nicht an Verbote. Der Einführung einer Bargelobergrenze wird daher auch nicht zu einer Eindämmung von Kriminalität beitragen können.

Vielmehr wird durch die geplante Bargelobeschränkung eine kaum rechtfertigbare Einschränkung von Freiheitsrechten in Kauf genommen und der grenzenlosen digitalen Überwachung Tür und Tor geöffnet. Denn der Zwang zur Überweisung schafft die Mög-

lichkeit der Überwachung aller Geschäfte und Transaktionen der Bürgerinnen und Bürger, die nicht über die technischen Möglichkeiten krimineller Organisationen verfügen. So hält der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, die Beschränkungen von Bargeldzahlungen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für verfassungswidrig. „Dies wären nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie“, betonte er. Mit Einführung von Bargelobergrenzen zwingt man automatisch die Deutschen auf elektronische Zahlungsmittel zurückzugreifen. Das wiederum bedeutet einen „kräftigen Schritt hin zur weiteren Reglementierung, Erfassung und verdachtslosen Registrierung“, mahnte Papier.

Überdies zeigt die Erfahrung, dass Bargelobergrenzen weitestgehend unwirksam sind und an der Realität vorbei gehen. Im Zweifelsfall werden andere Wege der Bezahlung (z.B. Edelmetalle, Bitcoins oder andere digitale Münzsysteme) gesucht oder Tauschgeschäfte eingegangen. Geldwäsche beispielsweise läuft längst weit überwiegend bargeldlos über Scheinfirmen. Mit einer Beschränkung von Bargeldzahlungen wird eine Eindämmung der Schattenwirtschaft daher nicht zu erreichen sein. Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland, in denen eine solche Beschränkung besteht, weisen einen deutlich höheren Umfang der Schattenwirtschaft auf als beschränkungsfreie Länder wie Deutschland, Großbritannien oder die Niederlande.

So hat Italien seit längerem eine Bargelobergrenze, die kürzlich im Rahmen des Stabilitätsgesetzes von 1.000 Euro auf 3.000 Euro angehoben wurde. Hätte sich die Begründung für die Einführung der Bargelobeschränkungen als erfolgreich erwiesen, dürfte es in Italien keine „Mafia“ mehr geben.

Zur Eindämmung von Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung wären insbesondere Reformen im Bereich der Steuergesetzgebung das probate Mittel, nicht jedoch Bargelobergrenzen.

Die Einführung einer Bargelobergrenze ist möglicherweise auch nur der erste Schritt zu weiteren Einschränkungen bis hin zur Abschaffung des Bargelds. Damit bestünde eine erhebliche Gefahr für das Sparvermögen, denn wenn nur noch Buchgeld vorhanden ist, lassen sich negative Zinsen zugunsten des Staates und Banken leicht durchsetzen. Auch der Bundesbankpräsident Jens Weidmann wendet sich gegenüber „Der Welt“ energisch gegen die drohende faktische Abschaffung des Bargelds. Die Bundesregierung dürfe bei der „Diskussion über Barzahlungen nicht

vergessen, dass Banknoten das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sind“. Zugleich sei eine Abschaffung des Bargelds aus geldpolitischer Sicht „nicht die angemessene Antwort auf die Herausforderung des Niedrigzinsumfelds“, so Weidmann.

Überdies hätte ein gezielter Angriff auf elektronische Zahlungssysteme (POS, POZ etc.) oder deren temporärer Ausfall ohne Bargeld bzw. mit eingeschränkter Bargeldverfügbarkeit erhebliche Konsequenzen für den Wirtschaftsverkehr und könnte zu einem Chaos führen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/10126

**Verfassungswidrige Bargeldobergrenzen verhin-
dern - Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger
schützen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

1. Der Landtag lehnt die Initiativen auf europäi-
scher Ebene sowie die Pläne der Bundesre-
gierung zur Einführung von Bargeldobergren-
zen ab.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in
diesem Sinne entschieden gegen die Pläne
auf europäischer Ebene und des Bundesfi-
nanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) ein-
zusetzen und sich damit für die Freiheitsrech-
te der Bürger, den Schutz der Privatsphäre
und den Datenschutz stark zu machen.“

Berichterstatter: **Alexander Muthmann**
Mitberichterstatterin: **Mechthilde Wittmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staats-
haushalt und Finanzfragen federführend zu-
gewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und
Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Ener-
gie und Technologie, der Ausschuss für Bun-
des- und Europaangelegenheiten sowie regio-
nale Beziehungen und der Ausschuss für Ver-
fassung, Recht und Parlamentsfragen haben
den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag
in seiner 99. Sitzung am 24. Februar 2016 be-
rat en und einstimmig in der in I. enthaltenen
Fassung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Inf-
rastruktur, Bau und Verkehr, Energie und
Technologie hat den Antrag in seiner 43. Sit-
zung am 10. März 2016 mitberaten und mit
folgendem Stimmergebnis:

CSU: 9 Zustimmung,
1 Enthaltung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden
Ausschusses zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaange-
legenheiten sowie regionale Beziehungen hat den
Antrag in seiner 38. Sitzung am 15. März
2016 mitberaten und einstimmig der Be-
schlussempfehlung des federführenden Aus-
schusses zugestimmt.
5. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner
47. Sitzung am 17. März 2016 mitberaten und
einstimmig der Beschlussempfehlung des
federführenden Ausschusses zugestimmt.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/10126, 17/10731

Verfassungswidrige Bargelddobergrenzen verhindern – Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen

1. Der Landtag lehnt die Initiativen auf europäischer Ebene sowie die Pläne der Bundesregierung zur Einführung von Bargelddobergrenzen ab.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in diesem Sinne entschieden gegen die Pläne auf europäischer Ebene und des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) einzusetzen und sich damit für die Freiheitsrechte der Bürger, den Schutz der Privatsphäre und den Datenschutz stark zu machen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich **Tagesordnungspunkt 4** aufrufen:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaufordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit sowie über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden
(Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:
Öffentliche Konsultation zu den Erfahrungen mit den Ökologisierungsvorschriften im Rahmen des GAP-Direktzahlungssystems im ersten Jahr der Anwendung
15.12.2015 - 08.03.2016
Drs. 17/9737, 17/10695 (E) [X]

**Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des endberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sprachförderung in bayerischen Kindertagesstätten verbessern – Sonderprogramm zur Förderung von Flüchtlingskindern und Kindern mit Migrationshintergrund auflegen
Drs. 17/9193, 17/10562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration ist eine Daueraufgabe – Lehrerinnen und Lehrern für Deutsch als Zweitsprache sichere Arbeit geben
Drs. 17/9252, 17/10611 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B

4. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn u.a. SPD
Umgang mit Regenwasser in Bayern
Drs. 17/9370, 17/10621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> B

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Konsequenzen aus den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht in Köln
Drs. 17/9718, 17/10707 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> B	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> A

6. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Mindestinvestitionskosten für Maßnahmen zur Einbruchssicherheit abschaffen
Drs. 17/9791, 17/10412 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B

7. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt u.a. SPD
Effektiver und unabhängiger Verbraucherschutz – Maßnahmenpaket zur
Stärkung der Lebensmittelüberwachung
Drs. 17/9793, 17/10733 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einbeziehung des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst bei geplanter
Meinungsumfrage zu Denkmalschutz und -pflege
Drs. 17/9803, 17/10646 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beitritt Deutschlands zur Open Government Partnership (OGP) unterstützen
Drs. 17/9804, 17/10706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zwischenbericht Entwicklungskonzept Donaumoos
Drs. 17/9826, 17/10472 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückkehr in Würde ermöglichen, bei Abschiebungen die Situation des Einzelfalls berücksichtigen
Drs. 17/9833, 17/10709 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Deutsches Museum – Außenstelle Nürnberg
Drs. 17/9837, 17/10647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Informationstafeln an staatlichen Gebäuden mit NS-Bezug
Drs. 17/9838, 17/10648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reichsparteitagsgelände Nürnberg
Drs. 17/9839, 17/10649 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Günther Knoblauch u.a. SPD
Polizeibootshaus in Utting am Ammersee
Drs. 17/9842, 17/10411 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für funktionsfähige Rückkehr- und Reintegrationsprojekte in den Balkanländern sorgen
Drs. 17/9849, 17/10726 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine gemeinsame und verantwortungsvolle europäische Flüchtlingspolitik
Drs. 17/9930, 17/10727 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU
UAVs für die Bayerische Polizei
Drs. 17/9949, 17/10413 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Weiterentwicklung der geriatrischen Forschung und Lehre
Drs. 17/9975, 17/10650 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zum aktuellen Stand der grenzüberschreitenden Notrettung
Drs. 17/10006, 17/10524 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umfassendes Verbot von Legal Highs
Drs. 17/10011, 17/10717 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verfassungswidrige Bargelobergrenzen verhindern – Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger schützen
Drs. 17/10126, 17/10731 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)
Drs. 17/10204, 17/10480 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. und Fraktion (SPD)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Bayerischen Verfassungsschutzgesetz
Drs. 17/10296, 17/10481 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzierung der Serviceagentur „Ganztägig lernen“ Bayern dauerhaft sicherstellen
Drs. 17/5098, 17/10200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.